

# Stadt möchte fünf Jahre lang vermieten

Gummersbach gibt das Notaufnahmelager in der Strombacher Hauptschule an das Land ab

VON ANDREAS ARNOLD

**GUMMERSBACH.** Wann der Mietvertrag unterschrieben wird, steht noch nicht fest. Fakt ist aber, dass das Land NRW das Strombacher Notaufnahmelager demnächst unmittelbar und in Eigenregie betreiben wird. Die Räume der ehemaligen Hauptschule soll die Stadt dann vermieten. Und zwar ab dem 1. Juli.

Der Entwurf eines entsprechenden Mietvertrages liegt inzwischen im Rathaus vor, wie der Erste Beigeordnete Raoul Halding-Hoppenheit dem Finanzausschuss am Dienstagabend sagte. Bislang noch nicht bekannt gewesen ist die Mietdauer, über die das Land und die Stadt gesprochen haben. „In der Regel sind es drei bis fünf Jahre, aber wir sprechen hier über fünf Jahre“, sagte Halding-Hoppenheit.

Während über die Mietdauer offenbar Einigkeit zu herr-



**Im vergangenen Sommer** war das alte Hauptschulgebäude in Strombach als Notaufnahmelager für Flüchtlinge hergerichtet worden. Jetzt soll das Land die Einrichtung übernehmen. (Archivfoto: Arnold)

schen scheint, wird an anderen Punkten aber noch justiert. So würde das Land gerne 400 Menschen in Strombach unterbringen. Das aber hält die Ver-

» 300 Flüchtlinge sollten in Strombach die Obergrenze sein. «

**R. HALDING-HOPPENHEIT**  
Erster Beigeordneter

waltung im Rathaus für unrealistisch und sieht in der alten Schule maximal 300 Personen gut untergebracht. Und würde diese Obergrenze gerne auch im Mietvertrag festschreiben mit dem Zugeständnis, in Spitzenzeiten vorübergehend auch mal darüberzugehen. Ebenfalls vertraglich regeln

will die Stadt die Möglichkeit der Vereine, die Sporthalle im bisherigen Umfang nutzen zu können. Auch das habe etwas mit funktionierender Integration zu tun, sagte der Erste Beigeordnete. Ein weiterer Knackpunkt ist, dass die Kommune, wie schon jetzt, die in Strombach wohnenden Flüchtlinge auf ihr Kontingent anrechnet haben möchte. „Wenn dieser Baustein wegfiel, hätten wir nichts gewonnen“, sagte Halding-Hoppenheit und erläuterte, dass die Stadt auf diese Weise pro Jahr drei Millionen Euro bei der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung sparen könne. Und das geht so: Während die Kommune für ihre dezentral untergebrachten Neuankömmlinge pro Jahr und Kopf 10 000 Euro zuschießen muss, entstehen für die in Strombach untergebrachten Menschen vor Ort keinerlei Kosten und belasten demnach nicht den Stadtsäckel.